

Auszug aus der Eröffnungsrede des Innenministers Boris Pistorius zum Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes „Rechtsextremismus im Wandel“ vom 12. Juni 2013

„Die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat – das ist deutlich geworden in den letzten Monaten - für die neue Niedersächsische Landesregierung höchste Priorität. Wir konzentrieren alle unsere Kräfte darauf, unter Federführung des Innenministeriums ein umfassendes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus aufzustellen. Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart.

Wir wollen damit eins unmissverständlich deutlich machen: Wer den Rechtsextremismus bekämpfen will, der muss ihn kennen: Seine Erscheinungsformen, seine Taktik, seine Strategien, seine Argumente, seine Parolen, seine Methoden und Organisationsformen, seine Ideologie aber eben auch seine Wandlungsfähigkeit.

Dabei müssen wir stets beachten: Nicht mal der Rechtsextremismus ist einfach stehen geblieben. Er ist in Bewegung, er verändert sich und unterliegt, so wie die Gesellschaft insgesamt eben auch, einem ständigen Wandel. Wir müssen uns also davor hüten zu glauben, wir wüssten schon alles über den Rechtsextremismus.

Vielmehr müssen wir ihn kontinuierlich beobachten, immer wieder analysieren, diese Analysen regelmäßig abgleichen. Wir müssen seine Wandlungen frühzeitig wahrnehmen, um dann eben auch die Öffentlichkeit zu informieren und einzubeziehen, in das was wir tun worüber wir diskutieren. Mit diesem Symposium wollen wir zeigen, wie sich der Rechtsextremismus in den letzten Jahren gewandelt hat.

Wir alle sind in schockierender Weise im November 2011 damit konfrontiert worden, dass Rechtsextremisten nicht nur Aufmärsche organisieren, Konzerte veranstalten, Schriften herausgeben und Parolen brüllen, sondern auch vor brutalen Morden nicht zurückschrecken.

(„Taten statt Worte“ verlangte der NSU. Das Ausmaß der Gewalt, das mit Aufdeckung der Terrorzelle offenbar wurde, hat uns alle tief erschüttert und die jüngsten Aussage im NSU Prozess zeigt, da ist noch nicht mal alles aufgeklärt.

Und niemand hat damit gerechnet. Die Sicherheitsbehörden nicht, die dafür mit Recht stark kritisiert wurden, aber auch die zahlreichen Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft waren von dieser Brutalität des Rechtsextremismus überrascht.)

Was die Sicherheitsbehörden angeht, so sind wir daran gegangen, die Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit gezielt aufzuarbeiten, zu definieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Sowohl die Bund-Länder Expertenkommission als auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Bundestag haben wichtige Arbeit geleistet, für die wir alle nur sehr dankbar sein können. Und auch die Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder hat wichtige Reformen in Bezug auf die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden untereinander als auch zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes an sich auf den Weg gebracht.

Ich will auch von dieser Stelle ganz klar sagen: Es geht nicht um die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Das zu fordern ist und bleibt falsch – ihn abzuschaffen ein Fehler. Der Verfassungsschutz ist ein integraler und ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur, daran ändern auch die Pannen und Versäumnisse nichts. Was wir aber brauchen, was wir erarbeiten müssen ist ein moderner, ein transparenter, ein

zukunftsfähiger Verfassungsschutz. Ein kommunizierender Verfassungsschutz. Nur so kann es gelingen, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen und dafür wird es höchste Zeit.

Künftig soll der Verfassungsschutz eben auch mehr als in der Vergangenheit „Informationsdienstleister“ sein. Gleichzeitig soll er die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Einrichtungen, mit der Wissenschaft sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren als Partner aus der Mitte der Gesellschaft intensivieren.

Auch dafür steht dieses Extremismussymposium des Verfassungsschutzes.“